

# Der Mensch im Mittelpunkt in eEuropa

Eine Antwort von UNI -  
Europa auf *eEuropa*:

*Eine  
Informationsgesellschaft  
für alle*

UNI  
Av. Reverdil 8-10  
CH - 1260 Nyon 2  
Tel: +41 22 365 21 00 / Fax +41 22 365 21 21  
UNI Web Site: <http://www.union-network.org>  
Internet E-mail: [contact@union-network.org](mailto:contact@union-network.org)

06 - 2000 / Ref. No. 07

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>5</b>
<b>DIE BEDEUTUNG DER 'SOZIALEN VERANKERUNG' IN DER EUROPÄISCHEN INFORMATIONSGESELLSCHAFT ...</b>	<b>7</b>
<b>SOZIALPARTNERSCHAFT: DER WEG IN DIE ZUKUNFT</b> .....	<b>8</b>
<b>FACHKRÄFTEMANGEL: DIE VERANTWORTUNG DER IKT-INDUSTRIE</b> .....	<b>9</b>
<b>LEBENSLANG ARBEITEN UND LEBENSLANG LERNEN</b> .....	<b>11</b>
<b>ARBEITEN IM IKT-SEKTOR: MÖGLICHKEITEN FÜR ALLE</b> .....	<b>12</b>
<b>ONLINE-RECHTE FÜR ONLINE-ARBEITNEHMER/INNEN</b> .....	<b>13</b>
<b>GESUNDHEIT UND SICHERHEIT IN DER NEUEN ARBEITSWELT</b> .....	<b>14</b>
<b>ZUGRIFF AUF DIE DATEN, DIE MAN BRAUCHT</b> .....	<b>14</b>
<b>DAUERHAFT UND UMWELTGERECHTE ENTWICKLUNG</b> .....	<b>15</b>
<b>ÜBERBRÜCKUNG DER DIGITALEN KLUFT</b> .....	<b>16</b>



## Einleitung

---

In einer Zeit, in der sich unser Kontinent rasch vom Industriezeitalter auf die neue, Informations- und Wissensgesellschaft umstellt, eröffnet Europa eine entscheidende Debatte.

Wir stehen in der ersten Phase eines grundlegenden Wandels, der sich auf die Funktionsweise unserer Wirtschaften und unserer Gesellschaft auswirken wird. Der Motor für diesen Wandel ist die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologie. Technologien als solche sind weder gut noch schlecht. Es gibt keinen vorbestimmten Weg, den Europa im neuen Jahrhundert einschlagen muss.

Es ist daher an der Zeit, das Fundament für das Informationszeitalter zu legen und uns über die Zukunftsgestaltung Gedanken zu machen. Das enorme Potential, das diese neuen Technologien freisetzen können, lässt in der Tat Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und Prosperität zu. In den Diskussionen und Debatten über diese Zukunft müssen wir sicherstellen, dass den sozialen, kulturellen und ethischen Überlegungen genügend Gewicht beigemessen wird, denn Marktkräfte allein reichen nicht aus.

Gleich zu Beginn des neuen Jahrhunderts verleihen zwei Veranstaltungen dieser Debatte besondere Impulse. Die portugiesische EU-Präsidentschaft hat eine Sondertagung des Europäischen Rates für „Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialen Zusammenhalt - hin zu einem Europa der Innovation und des Wissens“ am 23. und 24. März 2000 in Lissabon einberufen, und im April eine erweiterte Ministerkonferenz über die Informations- und Wissensgesellschaft. Zur Vorbereitung der Veranstaltung im März hat die Europäische Kommission einen sehr aufschlussreichen Bericht mit dem Titel: *eEuropa, eine Informationsgesellschaft für alle* veröffentlicht. Die Europäische Kommission hat im Februar 2000 zudem eine neue Beschäftigungsstrategie in der wissensbasierten Wirtschaft angekündigt.

UNI-Europa begrüßt alle diese Initiativen, und möchte mit diesem Bericht einen Beitrag zu der Debatte leisten. UNI-Europa ist die Regionalorganisation der Union Network International, der Gewerkschaftsinternationale, die über fünfzehn Millionen Mitglieder in 900 Gewerkschaften vertritt, darunter auch diejenigen, die in den Sektoren der Europäischen Informationsgesellschaft tätig sind. UNI-Europa umfasst 328 Mitgliedsorganisationen und rund 7.5 Millionen Mitglieder.

Die Mitglieder der UNI-Europa sind in ihrem täglichen Leben zunehmend mit den Realitäten der Informationsgesellschaft konfrontiert. Sie schreiben die Software Codes, gestalten Webseiten, arbeiten in Call Centers, geben Daten ein und befassen sich mit unzähligen anderen Arbeitsaufgaben, die es vor wenigen Jahren ganz einfach nicht gab.

Es sind auch die Mitglieder der UNI-Europa, die den Unannehmlichkeiten und Problemen gegenüberstehen, welche das Wachstum der Informationsgesellschaft begleiten, so zum Beispiel unsichere Beschäftigung oder Arbeitsplatzverlust, eine belastenden Arbeitsumwelt, unangemessene Ausbildungsmöglichkeiten und wachsende Angst vor Entlassung.

UNI-Europa ist daher der festen Überzeugung, dass der Untertitel, der dem Bericht *eEuropa* gegeben wurde, „Eine Informationsgesellschaft für alle“, mehr als reine Rhetorik sein muss. Auch UNI-Europa will an die Botschaft des Berichts *eEuropa, d.h. an eine von Wohlstand geprägte Zukunft für alle Europäer“ glauben*, ist jedoch der Auffassung, dass dies nur möglich sein wird, wenn konkrete Maßnahmen zur Überwindung der von der Informationsgesellschaft bereits geschaffenen

Schwierigkeiten und Ungleichheiten ergriffen werden. Europa, seine Institutionen, Regierungen und Bürger müssen aktiv an dieser Aufgabe mitwirken - eine passive Haltung hätte katastrophale Folgen.

UNI-Europa ist gut platziert, um sich aktiv an dieser Debatte zu beteiligen. UNI-Europa selbst stellt in einem gewissen Sinn eine Antwort auf den technologischen Wandel dar, insbesondere auf die in den letzten Jahren beobachtete Konvergenz der IT-, Telekom- und Medien-Branchen und der graphischen Industrie, da sie das Resultat der zu Beginn des Jahres 2000 erfolgten Fusion der vier internationalen Gewerkschaftsorganisationen ist, die zuvor diese Sektoren vertraten.

Durch die Arbeit ihrer Vorgängerinnen kann UNI-Europa auf einem Fundus an Erfahrungen zurückgreifen, dank der Beratungen der IT- und IKT-Foren, die seit 1992 jedes Jahr stattfinden. An diesen Veranstaltungen nehmen europäische Experten, aktive Gewerkschaftsvertreter aus den IKT-Sektoren und auch Vertreter der Industrie teil. Die Foren werden von der UNI-Europa IT-Arbeitsgruppe (der Gewerkschaftsvertreter aus allen Teilen Europas angehören) und dem UNI-Europa Sektor Industrie-, Unternehmens- und IT-Dienstleistungen (IBITS) organisiert. Dieser Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeiten der IKT-Foren und der IT-Arbeitsgruppe. Er beleuchtet eine Reihe von Fragen und Anliegen, für die aus der Sicht der UNI-Europa Handlungsbedarf besteht.

Das Kapital eines Unternehmens in der "Neuen Ökonomie" besteht nicht mehr hauptsächlich aus Sachanlagevermögen, das von mehr oder weniger auswechselbaren Arbeitnehmern verwaltet wird. In der wissensbasierten Wirtschaft des Informationszeitalters verschwindet das Vermögen jeden Abend, wenn die Mitarbeiter abends den Betrieb verlassen, oder anders ausgedrückt: das Humankapital ist heute das wichtigste Gut eines Unternehmens. Und gerade diese Human- und Wissens-Ressourcen müssen genutzt werden, wenn Europa im Wettbewerb in der globalen Wirtschaft bestehen will.

In Europa sind mehr als 4 Millionen Personen in verschiedenen, mit IKT verbundenen Sektoren beschäftigt. Zwischen 1995 und 1997 wurden über 300'000 Arbeitsplätze in diesen Sektoren geschaffen, und jeder vierte neue Job entsteht in der EU heute im IKT-Sektor. Bei den neuen Medien wird ein Wachstum um 70% bis 2005 und die Schaffung von 300'000 Stellen erwartet. Allerdings gibt es im IT- und Kommunikations-Bereich in der Europäischen Union aufgrund eines eklatanten Fachkräftemangels 500'000 unbesetzte Stellen.

Die jüngsten Zahlen der Europäischen IT-Beobachtungsstelle (EITO) zeigen, dass sich in der Europäischen Union die IT-Pro-Kopf-Ausgaben zwischen 1995 und 1999 von 400 auf 502 Euro erhöht haben. Die entsprechenden Werte für die USA zeigen jedoch, dass die Investitionen im gleichen Zeitraum von 879 auf 1'166 Euro angestiegen sind, das heißt, um mehr als das Doppelte des europäischen Durchschnitts. Die Kluft zwischen den zwei Kontinenten hat sich somit weiter vertieft. Selbst Japan gab mehr für IT aus, als alle westeuropäischen Staaten zusammen: 646 Euro pro Kopf im Jahre 1995 und bereits 713 Euro im Jahre 1999. Die Vereinigten Staaten beherrschen weiterhin die vernetzte Wirtschaft. Bei einer Bevölkerung, die etwa 60% derjenigen Europas entspricht, wird die USA nach Angaben von EITO bis mindestens 2002 immer noch eine größere Zahl von Internet- und andere Online-Benutzern aufweisen. Unter den heutigen Bedingungen wird Europa offenbar zu einem Kunden der Wirtschaften des pazifischen Gürtels und Südasiens für Hardware und Software, und der Vereinigten Staaten für Ideen, wie diese eingesetzt werden, und für die Dienstleistungen zur Realisierung dieser Ideen. Europa besitzt keine High-Tech-Ballungszentren, die einem Vergleich mit Silicon Valley oder selbst mit Bangalore in Indien standhalten könnten.

Da das Vorankommen Europas in der Informationsgesellschaft unbedingt beschleunigt werden muss, ist UNI-Europa der Meinung, dass sich die EU-Kommission nicht auf Empfehlungen beschränken kann.

Sie sollte ein Verfahren in der Art des Luxemburger Verfahrens wählen, wie es von den Mitgliedstaaten zur Entwicklung von nationalen Aktionsplänen für die Beschäftigung verlangt wird. In Analogie sollten die Mitgliedstaaten in nationalen eAktionsplänen konkrete Maßnahmen zur Förderung des Fortschritts vorschlagen, über die erzielten Durchbrüche berichten und empfehlenswerte Praktiken darlegen, die zu eEuropa führen.

Aus praktischen Gründen befasst sich UNI-Europa in diesem Bericht mit zehn Aktionsschwerpunkten. (Das scheint gerechtfertigt: nicht nur der *eEuropa*- Bericht, sondern auch der 1994 veröffentlichte Bangemann-Bericht *Europa und die Globale Informationsgesellschaft* umfassten ein 10-Punkte-Aktionsprogramm). Die von uns gewählten zehn Bereiche decken nicht genau die zehn Prioritäten ab, die im Bericht über *eEuropa* erwähnt werden, selbst wenn sich die Fragen, die wir aufwerfen, direkt auf die Kernpunkte dieses Berichts beziehen. Es handelt sich dabei um folgende Fragen:

1. Die Bedeutung der ‚sozialen Verankerung‘ in der europäischen Informationsgesellschaft
2. Sozialpartnerschaft: der Weg in die Zukunft
3. Fachkräftemangel: die Verantwortung der IKT-Industrie
4. Lebenslang arbeiten und lebenslang lernen
5. Arbeit im IKT-Sektor: Möglichkeiten für alle
6. Online-Rechte für Online-Arbeitnehmer/Innen
7. Gesundheit und Sicherheit in der neuen Arbeitswelt
8. Zugriff auf die Daten, die man braucht
9. Dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung
10. Überbrückung der digitalen Kluft

## **DIE BEDEUTUNG DER ‚SOZIALEN VERANKERUNG‘ IN DER EUROPÄISCHEN INFORMATIONSGESELLSCHAFT**

Die hochrangige Expertengruppe hat in ihrem Bericht über den *Aufbau der Europäischen Informationsgesellschaft für alle* die Bedeutung der sozialen Fragen unterstrichen. Sie bezeichnete dies als ‚soziale Verankerung‘ in einer Informationsgesellschaft, in der wir alle mitwirken können.

UNI-Europa begrüßt diese Position. UNI-Europa hat bereits in einem früheren Appell an die Europäische Kommission vier Ziele definiert, die eine europäische Informationsgesellschaft in Europa realisieren soll:

- Die Informationsgesellschaft sollte auf dem Wissen der Menschen aufbauen, und nicht auf Informationen aus Maschinen.
  - Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen über die Informationen verfügen, und wir dürfen nicht
-

zulassen, dass diese Informationen zur Überwachung der Beschäftigten eingesetzt werden.

- Die Informationsgesellschaft soll dazu dienen, die Macht der Information zu verallgemeinern, und nicht, neue Ungleichheiten zwischen Informationsreichen und den Informationsarmen zu schaffen.
- Die Informationsgesellschaft soll das Leben bereichern; sie darf nicht zu der Erosion der Menschlichkeit führen.

Es spricht zweifellos für Europa, dass der gewählte Begriff der ‚Informationsgesellschaft‘ die Bedeutung der heutigen technologischen Revolution für die Gesellschaft herausstellt. Noch erfreulicher erscheint uns in dieser Hinsicht, dass der Begriff ‚Informations- und Wissens-Gesellschaft‘ immer häufiger verwendet wird.

Die Initiative eEuropa sollte zu einer Stärkung der demokratischen Entwicklung in ganz Europa beitragen, in die alle Bürger Europas einbezogen werden, Jung und Alt, Männer und Frauen, Bewohner in der Peripherien und in den Zentren, auf dem Land und in den Städten.

#### **MAßNAHMEN:**

- Die Europäische Kommission muss die Regierungen der Mitgliedsstaaten ebenso ermutigen, ans Netz zu gehen, wie auch alle anderen Organisationen, Institutionen, nationale und kommunale Behörden und Dienststellen.
- Die Kommission sollte allen Bürgern den Zugang zu elektronischen Einrichtungen erleichtern und dadurch die Voraussetzungen für einen Dialog zwischen den europäischen Institutionen, der Kommission, Regierungen, Politikern und Bürgern schaffen.

---

### **SOZIALPARTNERSCHAFT: DER WEG IN DIE ZUKUNFT**

---

Für den IKT-Sektor, den zweifellos dynamischsten Sektor der europäischen Wirtschaft, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Sozialpartnerschaftsstrukturen geschaffen werden, um einen sinnvollen Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer zu ermöglichen.

UNI-Europa stellt mit Genugtuung fest, dass es gelungen ist, mit der Unterstützung der Europäischen Kommission den Sozialen Dialog für den Telekom-Sektor in Gang zu bringen. UNI-Europa Telekom und die Arbeitgeberorganisation ETNO haben beschlossen, einen Sozialdialog-Ausschuss für Telekommunikationen zu bilden. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Kommission muss sich jedoch mit gezielten Maßnahmen für das Zustandekommen eines sektoralen Dialogs im IT-Sektor einsetzen.

Es gibt weiterhin keine Arbeitgeberorganisation, die den IT-Sektor europaweit vertritt. UNI-Europa (bzw. ihre Vorgängerin Euro-FIET) versucht seit mehreren Jahren, Beziehungen und einen Sozialen Dialog mit IT-Arbeitgebern und Berufsverbänden zu entwickeln. Das Fehlen einer europäischen sektoralen Organisation stellt heute unserer Meinung nach eine ernste Schwäche in Europa dar. Für UNI-Europa bedeutet dies nämlich, dass sie in einer Zeit, in der dieser Sektor massive Veränderungen durchläuft, ihrer Pflicht als verantwortlicher Sozialpartner ganz einfach nicht nachkommen kann.



Ein vorrangiges Anliegen ist somit die Gewähr, dass Mechanismen geschaffen werden, die die Partnerschaft und den Sozialen Dialog im europäischen IT-Sektor fördern. Auf diesem Wege können auch die Beschäftigungsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer verbessert und die Flexibilität der Unternehmen sowie die Beschäftigungssicherheit der Arbeitnehmer erhöht werden. Grundsätzlich muss das Ziel dieser Partnerschaft darin bestehen, den Unternehmen in Europa zu erlauben, auf nationalen, europäischen und globalen Märkten wettbewerbsfähig und erfolgreich zu sein.

Ferner muss unbedingt verhindert werden, dass multinationale Unternehmen, die keinen Sinn für soziale Partnerschaft haben, im Rahmen von Fusionen und Übernahmen eine beherrschende Position in den IKT-Infrastrukturen erhalten. So würde das Fusionsvorhaben zwischen zwei multinationalen Telekom-Giganten, wie MCI WorldCom und Sprint, zu einer Monopolstellung im globalen Internet und zu einer Duopolstellung im Telekommunikations-Fernverkehr führen. Die Europäische Wettbewerbsbehörde muss sich unbedingt mit dieser Frage auseinandersetzen.

#### **MAßNAHMEN:**

- UNI-Europa fordert die Europäische Kommission auf, das Zustandekommen eines Sozialdialogs im IT-Sektor aktiv zu unterstützen.
- UNI-Europa legt der Europäischen Kommission nahe, die Sozialpartnerschaft in allen politischen Bereichen, auch in der Wettbewerbspolitik zu fördern.
- Als Sofortmaßnahme verlangt UNI-Europa von der Europäischen Kommission die Einberufung einer Tagung von Industrie- und Gewerkschaftsvertretern, um aus der Sackgasse herauszukommen und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Agenda mit Sofortmaßnahmen zu ermöglichen.

---

### **FACHKRÄFTEMANGEL: DIE VERANTWORTUNG DER IKT-INDUSTRIE**

---

Die EU-Kommissarin für Beschäftigung, Anna Diamantopoulou, hat erklärt, dass die nächste Generation von Arbeitnehmern mit den erforderlichen Fertigkeiten ausgerüstet und auf diese Weise zur ‚Netz-Generation‘ gemacht werden soll. In der „Strategie für Arbeitsplätze in der Wissens-Ökonomie“ der Kommission heißt es: „Das Gefälle im Bereich der Qualifikation besteht heute schon: die gewaltige, nicht erfüllte Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften beschränkt das Wachstum in den Software-, Dienstleistungs- und Telekom-Sektoren. Bis 2002 könnte die Zahl der in Westeuropa fehlenden IT-Spezialisten 1,6 Millionen betragen.“

UNI-Europa macht geltend, dass gerade diejenigen Schlüsselfirmen im IKT-Sektor maßgeblich zu dem Fachkräftemangel beigetragen haben, die sich nun darüber beklagen. In der ersten Hälfte der 90er Jahre wurde der IKT-Sektor mehreren Umstrukturierungsprogrammen mit verheerender Wirkung unterzogen, die Tausende von hochqualifizierten IKT-Spezialisten auf die Straße setzten oder in eine Schein-Selbständigkeit drängten. Die Erfahrungen einer Generation von Beschäftigten wurden mit Füßen getreten, und die Unternehmen versuchten Kosten einzusparen, indem sie jüngere Personen mit weniger Erfahrung und geringeren Lohnansprüchen einstellten (und von denen oft eine sehr lange Arbeitszeit verlangt wird).

Die Tatsache, dass heute eine nicht befriedigte Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften besteht, könnte zumindest teilweise damit erklärt werden, dass es die Industrie vor zehn Jahren versäumt hat, eine langfristige Personalstrategie zu verfolgen, weil sie mit ihrer Orientierung auf kurzfristige Gewinne die langfristige Entwicklung unterlassen hat.

Es geht nicht darum, diese Unternehmen für ihr Vorgehen zu ‚verurteilen‘, sondern um die Feststellung, dass sich die Unternehmen in Europa von kurzfristigen Marktzwängen leiten lassen, die auf längere Sicht keine gesunde Informationswirtschaft gewährleisten können.

Es gibt Anzeichen, dass die Industrie das derzeitige Arbeitsmarktpotential nicht ausschöpft und damit zu einer Verschlechterung der gegenwärtigen Situation beiträgt. In mehreren europäischen Ländern sind zahlreiche IKT-Spezialisten arbeitslos. Offenbar handelt es sich bei diesen beschäftigungslosen Spezialisten um gut qualifizierte Personen, die jedoch über 50 Jahre alt sind. In dieser Industrie herrscht vermutlich die Meinung vor, dass man in diesem Alter nicht mehr in der Lage ist, der Belastung und dem Arbeitsanfall in diesem Sektor standzuhalten.

Der IT-Sektor scheint überdies sehr zurückhaltend, Personen einzustellen, die Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme durchlaufen haben, um ihre IKT-Fertigkeiten auf den neuesten Stand zu bringen oder um den Weg zurück zum Arbeitsmarkt zu finden.

#### **MAßNAHMEN:**

- In der IKT-Industrie werden große Anstrengungen notwendig sein, um das Sektor-Image und die Wahrnehmung der hier geleisteten Arbeit zu verbessern. Unsichere Arbeitsplätze, eine hohe Arbeitsbelastung, Stress, eine lange Arbeitszeit, ein von Wettbewerb geprägtes Umfeld, keine Beschäftigungsaussichten für Frauen und für ältere Fachkräfte, usw., gehören zu allgemeinen Attributen, die diesem Sektor zugeschrieben werden. Daher sind gezielte Maßnahmen erforderlich, um Arbeitskräfte zu halten und einen besseren Ausgleich zwischen Arbeits- und Privatleben zu schaffen.
- Die Industrie, die Sozialpartner und die öffentlichen Behörden (vornehmlich im Bildungsbereich) müssen mit gezielten Strategien die Attraktivität der IKT-Berufe für Jugendliche und Frauen erhöhen und versuchen, ältere Arbeitnehmer zu halten; junge Menschen müssen ermutigt werden, Studiengänge, wie z. B. Informationstechnologie, Software-Engineering, usw. zu wählen.
- Für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, oder deren Arbeitsaufgaben aufgrund des industriellen Wandels veralten, müssen Aus- und Weiterbildungs-, bzw. Umschulungs-Programme bereitgestellt werden.
- Die Verwirklichung des lebenslangen Lernens wird in der Informationsgesellschaft zur Schlüsselfrage. Die Europäische Kommission wird sich in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und den nationalen öffentlichen Behörden darüber Gedanken machen müssen, wie sie dieses allgemein anerkannte Prinzip in Bezug auf Methodik, verfügbare Zeit und Entlohnung durchsetzen will.
- Das allgemeine Klima für Unternehmergründer muss sich verbessern. Noch gibt es zuviel unbewegliche Bürokratie, und die Hürden bis zum Erhalt des erforderlichen Startkapitals sind oft unüberwindbar. Hier müssen sich grundlegende Veränderungen vollziehen, denn die meisten neuen Jobs werden in neuen Unternehmen geschaffen.

## LEBENSLANG ARBEITEN UND LEBENSLANG LERNEN

---

Die *eEuropa* Initiative befasst sich zu Recht mit der Jugend. UNI-Europa will noch weitergehen und sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer in Europa, Jugendliche, Personen mittleren Alters und auch ältere, als vollwertige Partner in der Informationsgesellschaft mitwirken können.

Wir können nicht hinnehmen, dass man erfahrenen, fähigen Arbeitnehmern im Alter von fünfzig, vierzig und (kaum zu glauben und dennoch Tatsache) sogar von dreißig Jahren sagt, sie seien zu alt für die neuen Jobs. Dies ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht rationell und eine unnütze Vergeudung von Humanressourcen.

UNI-Europa begrüßt die vorgeschlagene Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (die von der Kommission am 25. November 1999 veröffentlicht wurde), die unter anderem die Diskriminierung im Arbeitsleben verbieten wird.

Europa muss sicher stellen, dass die Menschen aller Altersgruppen am Aufbau der Informationsgesellschaft mitwirken müssen. Dies ist aber nur durch eine angemessene Ausbildung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für alle möglich.

Die berufliche Ausbildung gehört zu den Themen, die sich für Konsultationen zwischen den Sozialpartnern eignen. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass Bildungsfragen von den Arbeitgebern als noch allzuoft zweitrangig betrachtet und kaum unterstützt werden.

Auf dem Weg zur Informationsgesellschaft muss dem lebenslangen Lernen in Europa eine strategische Bedeutung beigemessen werden. UNI-Europa ist der Auffassung, dass die Lösung dieses Problems nicht allein der Industrie überlassen werden darf.

### **MAßNAHMEN:**

- UNI-Europa begrüßt die "e-Learning" Initiative, die die Kommission zu einer rascheren Anpassung der Aus- und Weiterbildung in Europa für das digitale Zeitalter eingeleitet hat.
- UNI-Europa fordert die Kommission daher auf, Initiativen zu ergreifen, um die Qualifikationsentwicklung zu gewährleisten und zu fördern, zum Beispiel:
  - ? Ausarbeitung eines europäischen Ausbildungsmodells für den IKT-Sektor, zur Schulung und Umschulung von Angestellten, und Bereitstellung von Mitteln für Arbeitgeber, die nicht über genügend eigene Ressourcen verfügen.
  - ? Einrichtung einer 'Talent-Bank' in der Form einer europäischen elektronischen Clearingstelle, über die qualifiziertes Personal, das von einem Arbeitgeber nicht mehr verwendet werden kann, an einen Arbeitgeber mit entsprechendem Bedarf weitergeleitet wird.
  - ? Erweiterung des Potentials an Arbeitnehmern aus nicht-traditionellen Bereichen, die dem IKT-Sektor zur Verfügung gestellt werden können, z. B. durch eine entsprechende Schulung von Arbeitslosen, Frauen, älteren Arbeitnehmern, usw.

? Schaffung eines transeuropäischen Arbeitgeber/Gewerkschaftsnetzes zur Förderung optimaler Verfahren der Auswahl und Bindung von Angestellten im IKT-Sektor.

- Unterstützung gezielter Untersuchungen, um künftige Anforderungen zu ermitteln und Systeme für eine Qualifikations-Zertifizierung zu fördern, und um paneuropäische Rahmenbedingungen für IKT-Kompetenzen und -Qualifikationen zu schaffen, nach dem Beispiel des Europäischen Computer-Führerscheins (ECDL).

---

## ARBEITEN IM IKT-SEKTOR: MÖGLICHKEITEN FÜR ALLE

---

Ein Bereich, der im Bericht *eEuropa* mit keinem Wort erwähnt wird, ist die Frage der Beschäftigung in diesem neuen Europa. Weder die wichtigsten Ziele noch die im Bericht genannten zehn Aktions-Prioritäten enthalten Hinweise auf die Beschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Modernisierung der Arbeitsorganisation oder neue Arbeitsmethoden.

UNI-Europa stellt mit Genugtuung fest, dass diese Lücke nun mit einer neuen Mitteilung, "Strategien für Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft", geschlossen wurde. Darin wird ein koordinierter Lösungsansatz verlangt, der den allgemeineren sozialen und beschäftigungspolitischen Aspekten des Transformationsprozesses auf dem Weg zu *eEuropa* Rechnung trägt.

UNI-Europa unterstreicht die Tatsache, dass der IKT-Sektor einen ausgesprochen exklusiven Charakter hat. Nur etwa 20% aller Beschäftigten in diesem Sektor sind Frauen. Offenbar handelt es sich dabei um ein europäisches Phänomen, denn in den meisten anderen Regionen der Welt ist der Anteil der hier tätigen Frauen höher.

Nach Ansicht der UNI-Europa muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Informationsgesellschaft den Frauen den gleichen ungehinderten Zugang erlaubt, wie den Männern. Es ist zu bedauern, dass heute in Europa (nach Angaben der Europäischen Kommission) die Frauen nur 25% aller Internet-Benutzer ausmachen, während dieser Anteil in den USA 50% beträgt.

Die IKT-Industrie vermittelt jedoch vor allem jungen Frauen aufgrund der „langen Arbeitszeit“ nicht immer ein günstiges Bild. Oft wird von Vorgesetzten oder Kollegen Druck ausgeübt, länger zu arbeiten, damit man als produktiv und als „Teil des Teams“ betrachtet wird. Dadurch werden Mitarbeiter mit Familienpflichten, also ganz besonders Frauen und ältere Angestellte, diskriminiert.

Frauen machen den größten Teil der Beschäftigten der rasch wachsenden Call Center-Industrie in Europa aus. Diese durch die Technologie ermöglichte Tätigkeit ist oft schlecht bezahlt, genießt wenig Ansehen und bietet nur begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Frauen haben kaum die Chance, als gleichberechtigte Partnerinnen mit den Männern die neuen Arbeitsmöglichkeiten der Informationsgesellschaft zu teilen, wenn die heutigen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nicht erkannt und mit gezielten Maßnahmen bekämpft werden.

Die Tatsache, dass die *eEuropa*-Initiative die Bedürfnisse der Behinderten in der europäischen Informationsgesellschaft berücksichtigt, wird von der UNI-Europa begrüßt. UNI-Europa unterstützt die in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Maßnahmen.

### **MAßNAHMEN:**

- Die Europäische Kommission sollte bei der Entwicklung der Strukturen der Informationsgesellschaft der mangelnden Gleichstellung von Männern und Frauen Rechnung tragen und gezielte Aktionen zur Beseitigung der bestehenden Ungleichheit planen.
- Junge Frauen sollten mit konkreten Aktionen ermutigt werden, IKT-Studienrichtungen (Software Engineering, elektrotechnische Wissenschaften, usw.) zu wählen.
- Dieser Sektor wird zudem sein Image verbessern und eine neue Arbeitsorganisation einführen müssen, die den Beschäftigten erlaubt, Arbeits- und Privatleben besser miteinander in Einklang zu bringen.

### **ONLINE-RECHTE FÜR ONLINE-ARBEITNEHMER/INNEN**

---

Die entstehende Informationsgesellschaft ist mit einer rasch zunehmenden Abhängigkeit von elektronischen Kommunikationsmitteln am Arbeitsplatz verbunden. Zu den Voraussetzungen für die Entwicklung gesunder Arbeitsbeziehungen und eines Sozialen Dialogs in der europäischen Informationsgesellschaft gehört der Zugang der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter zu diesen Online-Informations- und Kommunikationsnetzen.

Die Arbeitnehmer besitzen heute jedoch keine Gewähr, dass sie die neuen Technologien zu diesem Zweck nutzen können. Bestimmte Unternehmen erlauben ihren Mitarbeitern den Zugriff zu Internet/ Intranet für ihre Kommunikationen mit Gewerkschaften und Betriebsräten, und andere nicht.

Dies hat UNI-Europa und ihre Vorgängerin, Euro-FIET, veranlasst, eine Kampagne Online-Rechte für Online-Arbeitnehmer einzuleiten, die u.a. folgende Ziele anstrebt:

- Freier Zugang der Angestellten, Gewerkschaften und Betriebsräte zu E-Mail-Systemen der Unternehmen, damit die Mitglieder Informationen erhalten und mit ihren Vertretern Verbindung aufnehmen können;
- Freier Zugang der Angestellten zu Internet (und zu Intranet-Netzwerken der Unternehmen), damit sie Gewerkschafts-Sites konsultieren und andere, ihre Rechte am Arbeitsplatz betreffende Informationen abrufen können;

Zu den weiteren Anliegen der Kampagne gehören auch die mit der elektronischen Überwachung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz verbundenen Gefahren.

### **MAßNAHMEN:**

- UNI-Europa ruft die Europäische Kommission und andere Organisationen auf, die Ziele der Kampagne Online-Rechte für Online-Arbeitnehmer aufzugreifen.
  - UNI-Europa lädt die Europäische Kommission und das Europäische Parlament ein, die Ziele der
-

Kampagne Online-Rechte für Online-Arbeitnehmer in die Europäische Internet-Charta einzubauen.

- UNI-Europa fordert die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertreter auf, das von ihr ausgearbeitete Modellabkommen über die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel umzusetzen.
- UNI-Europa schlägt dem Ministerrat vor, die zur Gewährleistung von Online-Rechten für Online-Arbeitnehmer und die zur Regulierung der Überwachung am Arbeitsplatz erforderlichen Schritte einzuleiten.

## **GESUNDHEIT UND SICHERHEIT IN DER NEUEN ARBEITSWELT**

---

Im Vergleich zum Industriezeitalter mag das Arbeitsumfeld in der Informationsgesellschaft sehr ‚sauber‘ erscheinen.

Diese oberflächliche Beurteilung kann sich als irreführend erweisen. Die Einführung von Computer Terminals und PC wirft zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Gesundheit und Sicherheit auf. Dazu gehören die durch die Tastaturbedienung hervorgerufenen Muskel-Skelett-Beschwerden (z. B. Karpaltunnel-Syndrom, RSI), die in den letzten Jahren häufig als Angestellten-Epidemie bezeichnet wurden. UNI-Europa stellt mit Besorgnis fest, dass die bestehende EU-Richtlinie betreffend Bildschirm-Ausrüstungen, namentlich in den neuen Call Centers, oft nicht voll eingehalten wird.

Grundsätzlich ist die Verwendung von Computern und PC auch mit zunehmendem psychischem Stress und Informationsüberlastung verbunden. Das durch die Einführung flexiblerer Arbeitszeitstrukturen bewirkte Verschwinden klarer Abgrenzungen zwischen Arbeits- und Freizeit verstärkt diese Tendenz.

Es wäre sicher paradox, wenn wir in einer Zeit, in der (wie der Bericht *eEuropa* betont) außergewöhnliche neue Möglichkeiten für den Einsatz digitaler Technologien zur Verbesserung der Effizienz und des Umfangs der Gesundheitsfürsorge bestehen, die neuen Gesundheitsgefahren des elektronischen Arbeitsplatzes vernachlässigen würden.

### **MAßNAHMEN:**

- Die ernste Gefahr des Auftretens von Wiederholungs-Belastungsschäden (RSI) muss besser bekannt gemacht werden. Dieses Problem muss im Rahmen von Bildungs- und Forschungsprogrammen und am Arbeitsplatz zur Sprache kommen.
- Die Europäische Kommission sollte nach Mitteln und Wegen suchen, um eine adäquate Umsetzung der Europäischen Richtlinie über Bildschirmgeräte (90/270/EWG) in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

## **ZUGRIFF AUF DIE DATEN, DIE MAN BRAUCHT**

---

Bereits in diesem frühen Stadium der Informationsgesellschaft sind wir mit einer Informationsüberlastung

---

konfrontiert, und gleichzeitig sind wesentliche Informationen nicht immer verfügbar.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Europa über umfassende Beschäftigungsstatistiken in den rasch wachsenden, mit IKT verbundenen Sektoren der Wirtschaft verfügt. Zuverlässige, vergleichbare und aktuelle Daten sind unerlässlich, um Trends zu beurteilen und Strategien für die Fälle, in denen Entwicklungen ihr Ziel verfehlen, zu erarbeiten.

Das Tempo des Wandels hat zur Folge, dass uns diese Informationen nicht immer in einer Form erreichen, die die gegenwärtige Wirtschaftsrealität widerspiegelt. Alte Methoden der Klassifizierung von Wirtschaftstätigkeiten können die Beurteilung der tatsächlichen Beschäftigungslage erheblich erschweren.

Die Bürger Europas müssen auch einen leichten Zugang zu Informationen erhalten, die sie z. B. von der Regierung und von öffentlichen Behörden benötigen. Nur wenn es gelingt, diese Informationsdienste allen rasch und problemlos verfügbar zu machen, wird es möglich sein, die demokratischen Strukturen zu festigen und die Vertiefung der digitalen Kluft innerhalb der Gesellschaft zu vermeiden.

#### **MAßNAHMEN:**

- EuroStat sollte die statistischen Daten, die sich auf IKT-Sektoren beziehen, verbessern. Die Europäische Kommission muss ein klareres Bild von der Situation und den Entwicklungen im Bereich der Beschäftigung geben.
- Die Entwicklung umfassender und benutzerfreundlicher Informationsdienste für Bürger durch Kommunalbehörden sollte gefördert werden.

---

### **DAUERHAFTE UND UMWELTGERECHTE ENTWICKLUNG**

---

Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, das vor mehr als einem Jahrzehnt von der Brundtland-Kommission definiert wurde, verlangt, dass die heutigen Generationen ihre Bedürfnisse stillen, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden, in Frage zu stellen.

Der ständig wachsende Wettbewerbsdruck in der IKT-Industrie veranlasst die Firmen, immer schneller immer leistungsfähigere Hardware auf den Markt zu bringen. Bei dieser wilden Jagd nach immer höheren Leistungen verringert sich die Lebensdauer der neuen IKT-Ausrüstungen drastisch.

UNI-Europa weist an dieser Stelle auf die ausgezeichnete Initiative der schwedischen Gewerkschaftsorganisation TCO hin, die mit dem internationalen TCO99-Standard-System ein wichtiges Werkzeug für die Festlegung von Öko-Labels für Personalcomputer geschaffen hat. Das TCO99-System berücksichtigt eine Vielfalt von Faktoren, einschließlich Umweltverträglichkeit, Ergonomie und Benutzerfreundlichkeit, elektromagnetische Strahlung, Energieverbrauch und Betriebssicherheit.

Die technologischen Innovationen sind zweifellos zu begrüßen, doch ist es unerlässlich, auch Anliegen der dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. So fand zum Beispiel die Frage, was mit überholter Technologie geschehen soll, nicht genügend Beachtung.

---

UNI-Europa begrüßt die Vorschläge der *eEuropa*-Initiative für einen „intelligenten Verkehr“, die zum Ziel haben, mit Hilfe von Technologie die Verkehrssicherheit und die -Effizienz zu erhöhen. Der intelligenteste Einsatz von Technologie wäre allerdings die Verringerung des Gesamtverkehrs- und des Pendelverkehrsvolumens.

#### **MAßNAHMEN:**

- Die Europäische Kommission sollte auch gegen den Widerstand von US-Wirtschafts- und Regierungskreisen die vorgeschlagene EU-Richtlinie über elektrische und elektronische Abfall-Ausrüstungen, die die Hersteller für das Recycling des elektronischen Abfallmaterials verantwortlich machen würde, einführen. Die Europäische Kommission sollte Untersuchungen veranlassen, um nach Methoden für ein verbessertes Recycling der in veralteter Hardware und anderer Technologie verwendeten Materialien zu suchen.
- Die Europäische Kommission sollte Initiativen fördern, die IKT zur Verringerung des Pendelverkehrs einsetzen und zu einer erhöhten Verkehrssicherheit beitragen.

### **ÜBERBRÜCKUNG DER DIGITALEN KLUFT**

---

Die Gefahren, die mit einer wachsenden Kluft zwischen Informationsreichen und Informationsarmen verbunden sind, wurden in zahlreichen Kreisen erwähnt. In verschiedenen Erklärungen ist die Notwendigkeit einer Überbrückung der digitalen Kluft gefordert worden, so zum Beispiel in der nationalen Infrastruktur-Initiative von Präsident Clinton und der Bangemann-Bericht der EU.

Nur praktische Maßnahmen werden auf diesem Gebiet jedoch konkrete Fortschritte bringen. UNI-Europa begrüßt das im Bericht *eEuropa* gesteckte Ziel, „jeden Bürger, jede Schule und jedes Unternehmen so rasch wie möglich ans Netz zu führen“.

Die hohen Kosten des Internet-Zugangs in Europa würden aber weiter in die Höhe getrieben, wenn es nach Übernahmen nur noch einen Netzbetreiber gäbe, der das globale Internet beherrschen könnte. Europa muss sich für einen dynamischen Internet-Sektor mit einer Vielzahl expansionsfreudiger Teilnehmer einsetzen. Die Europäischen Wettbewerbsbehörden müssen jeden Zusammenschluss von Spitzen-Internet-Betreibern (z.B. die geplante Fusion von MCI WorldCom/Sprint), der einer einzigen Betreiberfirma eine beherrschende Stellung in der globalen Internet-Infrastruktur geben würde, ablehnen.

In Europa sind schon zu viele Bürger von sozialer Ausgrenzung betroffen: die Armen, die älteren Personen, die Behinderten, Minderheitsgruppen, usw. Unter dieser Ausgrenzung leiden nicht nur die Betroffenen, sondern die gesamte Gemeinschaft.

Es wird nicht leicht sein, im Informationszeitalter eine Ausweitung der sozialen Ausgrenzung zu verhindern, doch müssen wir dieser Aufgabe höchste Priorität geben. Wir müssen versuchen, eine positive Spirale in Gang zu setzen: je mehr Anstrengungen unternommen werden, um den Europäerinnen und Europäern Zugang zu den Werkzeugen der Informationsgesellschaft zu geben, um so mehr Möglichkeiten werden für neue Unternehmenstätigkeiten und neue Beschäftigung geschaffen. Eine Überbrückung der digitalen Kluft ist nicht nur mit sozialen, sondern auch mit wirtschaftlichen Vorteilen



verbunden. Es besteht immer noch eine tiefe Kluft zwischen Nord- und Südeuropa, zwischen Land- und Stadtgebieten und zwischen Gruppen mit hohem, bzw. mit niedrigem Einkommen.

UNI-Europa wird alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Gewerkschaften ans Netz bringen. UNI-Europa wird die Gewerkschaften ermutigen, die kombinierte Kaufkraft ihrer Mitglieder zu nutzen, um niedrigere Preise für PC und einen günstigeren Internetzugang zu erreichen.

#### **MAßNAHMEN:**

- UNI-Europa schlägt der Europäischen Kommission vor, zu prüfen, ob die Mitgliedstaaten günstigere Recycling-PC als Computer für alle (nach dem Beispiel des Vereinigten Königreichs) zur Verfügung stellen könnten.
- UNI-Europa lädt die Kommission ein, der Idee, in Bibliotheken, Verbrauchermärkten und Rathäusern öffentliche Internet-Zugangsstellen zu schaffen, bei den Mitgliedstaaten zum Durchbruch zu verhelfen.
- UNI-Europa ruft die Kommission auf, die Vielfalt bei den Internet-Zugangsplattformen zu fördern und zu ermutigen, ganz besonders in Bereichen, in denen Europa im Vergleich zu den USA eine starke Stellung hat, wie beim Digital-Fernsehen und der Mobiltelefonie.
- UNI-Europa verlangt große Anstrengungen, um die Schranken des Internet-Zugangs und der Internet-Benützung abzubauen. Nicht nur Wissenschaftler und Studenten benötigen schnellere Internet-Verbindungen. Ein Hochgeschwindigkeits- und Breitband-Internetzugang sollte überall in Europa möglich sein. Dies ist eine der zwingenden Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit der elektronische Geschäftsverkehr sein Potential voll entfalten kann.

UNI-Europa verlangt eine europäische Wettbewerbspolitik, die jeden Zusammenschluss von Spitzen-Internet-Betreibern ablehnt, der einer einzigen Betreiberfirma eine beherrschende Stellung in der globalen Internet-Infrastruktur geben würde (z. B. die geplante Fusion von MCI WorldCom/Sprint).